

1 **Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 5. September**

2
3
4
5
6 **Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln**

7
8
9 **I. Unser Ziel – Fortschritte für Wohlstand und gerechten Handel**

10
11 Globalisierung braucht faire Regeln. Für die SPD ist klar: Wir wollen den globalen Handel
12 gerecht gestalten und den Primat der Politik gegenüber den ungezügelten Marktkräften
13 durchsetzen. Das ist unser politischer Anspruch. Im nationalen Rahmen ist es der
14 Sozialdemokratie im vergangenen Jahrhundert weitgehend gelungen, den Kapitalismus
15 einzuhegen und sozial gerechten Regeln zu unterwerfen. Für den globalen Kapitalismus
16 steht dieser Prozess noch aus. Die Bemühungen in der Tradition des Nord-Süd-Dialogs
17 unter Willy Brandt müssen deshalb noch entschiedener als in der Vergangenheit und mit
18 allen Teilen der Welt für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit vorangetrieben werden. Die
19 berechnete Kritik an der bisherigen Art und Weise muss sich nicht nur in internationalen
20 Erklärungen wiederfinden, sondern endlich zu einer Veränderung der Politik führen: Eine
21 andere, gerechtere Welt ist möglich.

22
23 Wir wissen: Fortschritte für einen gerechten Welthandel und mehr Wohlstand für alle sind in
24 der komplexen Welt von heute nicht leicht zu erreichen. Internationale Kooperation ist dafür
25 unverzichtbar. In besonderer Weise wird es auf die gemeinsame politische und
26 wirtschaftliche Kraft der Europäischen Union ankommen, um unsere Vorstellungen, Werte
27 und Standards gegenüber anderen Regionen der Welt zu behaupten und in der globalen
28 Wirtschaftsordnung der Zukunft möglichst weitgehend zu verankern. Das gilt nach der
29 Entscheidung über den BREXIT umso mehr.

30
31 Eine in der Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik handlungsfähige EU ist deshalb
32 unerlässlich. Nur Schritt für Schritt und im Zusammenspiel mit weiteren, uns nahestehenden
33 Partnern kann es überhaupt gelingen, Fortschritte in einer Welt zu erreichen, in der andere
34 Staaten und Regionen teils aggressiv auf eigene Wettbewerbsvorteile und nationale
35 Interessen bedacht sind.

36
37 Eben weil viel auf dem Spiel steht, darf Europa nicht abseits stehen, wenn die Standards und
38 Regeln der Zukunft ausgehandelt werden. Der beste, weil multilaterale Rahmen für diese
39 Verhandlungen, ist ohne Zweifel die Welthandelsorganisation (WTO), die allerdings derzeit
40 weitgehend blockiert und handlungsunfähig ist. Wir werden alles daran setzen, diese
41 Blockade gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit zu überwinden.
42 Angesichts dieser Blockade sind bilaterale Handelsabkommen mit wichtigen Partnern zu
43 einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Diese bilateralen Handelsabkommen
44 sind zum Teil von schlechter Qualität, fehlender sozialer Verantwortung und keiner
45 ernsthaften ökologischen Nachhaltigkeit gekennzeichnet. Je mehr sich diese Art
46 Handelsabkommen durchsetzen – z.B. das US-Abkommen mit Pazifikstaaten (TPP) – umso
47 größer wird die Gefahr einer Verfestigung dieser Mängel. Sozialdemokratinnen und

48 Sozialdemokraten müssen deshalb ein Interesse daran haben, bessere Handelsabkommen
49 zu schließen, um die Standards im internationalen Handel nach oben und nicht nach unten
50 zu entwickeln. Europa muss dabei eine Vorbildrolle einnehmen, um gute, fortschrittliche und
51 faire Handelsbeziehungen einzugehen.

52

53 Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Organisationen bringen sich in die Diskussion über die
54 zukünftige EU-Handelspolitik ein. Ihr öffentliches Engagement ist ein Statement für einen
55 fairen Handel. Dies teilt die SPD. Handel heute muss in der Tat frei und fair zugleich sein.
56 Freihandel ist nicht automatisch fairer Handel. Wie alle marktwirtschaftlichen Beziehungen
57 braucht er klare soziale und ökologische Regeln, die demokratisch abgesichert sind.
58 Unbegrenzte Handlungsfreiheit soll es auch im internationalen Handel nicht geben, weil das
59 nur die Starken stärker und die Schwachen schwächer machen würde. Umgekehrt gilt aber
60 auch: Ohne freien Handel ist auch Fairness nicht zu erreichen.

61

62 Nur im breiten Diskurs lassen sich gute Lösungen für einen freien UND fairen Welthandel
63 finden. Die Gestaltung von Globalisierung und von Handelsabkommen kann nur gelingen,
64 wenn es Transparenz gibt. Die bisherigen Praktiken der Intransparenz im Bereich der EU-
65 Handelspolitik müssen endgültig verschwinden.

66

67 Wir haben vor eben diesem Hintergrund in unserem Regierungsprogramm und dem
68 Koalitionsvertrag 2013 die Aufnahme von Verhandlungen über ein transatlantisches
69 Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) grundsätzlich begrüßt und unterstützt. In
70 unserem Konventsbeschluss vom September 2014 haben wir zugleich klare Kriterien und
71 Erwartungen für die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA)
72 formuliert. Der Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015 hat diese Kriterien
73 ausdrücklich bekräftigt. Sie sind der Maßstab, an dem wir die Ergebnisse der Verhandlungen
74 messen werden.. Unsere grundlegende Haltung ist dabei klar: Wir sagen ja zum globalen
75 Handel – aber nur mit fortschrittlichen Regeln.

76

77

78 **II. Transparenz und weiterer Dialog sind unerlässlich**

79

80 Die SPD hat sich kontinuierlich auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei mit dem
81 Freihandelsabkommen CETA befasst. Viele Gliederungen der Partei haben intensiv und
82 kontrovers beraten und ihre Auffassungen durch zahlreiche Anträge zu den SPD-Konventen
83 und Bundesparteitagen zum Ausdruck gebracht. Wir haben diese Diskussionen in
84 Beschlüssen zusammengefasst, die uns klare inhaltliche Maßgaben an die Hand geben.

85

86 Während andere Parteien einer ernsthaften Diskussion aus dem Weg gehen, führt die SPD
87 die notwendige Debatte über eine gerechte Handelspolitik offen und ausgewogen. Uns geht
88 es nicht um plakative Parolen und vorschnelle Schlussfolgerungen, sondern um eine
89 ernsthafte, wert- und faktenbasierte Auseinandersetzung und Abwägung. Dies schließt
90 sachliche Kritik ausdrücklich mit ein. Wir wissen um die teils noch immer bestehenden
91 Kritikpunkte von Teilen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften und nehmen diese sehr
92 ernst.

93

94 Die neue progressive kanadische Regierung unter der Führung von Premierminister Trudeau
95 ist sehr interessiert daran, ein fortschrittliches Handelsabkommen zu schaffen. Die
96 Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der kanadischen Regierung sind zwar
97 abgeschlossen. Für die politische Beratung und Beschlussfassung über das CETA-
98 Abkommen gilt dies allerdings ausdrücklich nicht. Die Beschlussfassung im Rat und die
99 Ratifizierung im Europäischen Parlament und anschließend den nationalen Parlamenten
100 stehen erst noch bevor. Wir werden dabei sicherstellen, dass es ausreichend Zeit und Raum
101 für einen fortgesetzten, offenen und kritischen Dialog unter Einschluss der Zivilgesellschaft
102 geben wird.

103
104

105 **III. Das CETA-Abkommen: Eine erste Bewertung**

106

107 Kanada zählt zu den ältesten und engsten Partnern der Europäischen Union. Kanada ist ein
108 wichtiger Freund und Verbündeter auf dem nordamerikanischen Kontinent, der europäischen
109 und deutschen Interessen durch Geschichte und Selbstverständnis aufgeschlossen
110 gegenübersteht. Die bilateralen Beziehungen wurden schon in den 1950er-Jahren
111 aufgenommen. Deutschland und Kanada verbindet eine aktive Mitarbeit in internationalen
112 Gremien, vor allem in Fragen der Sicherheit und Abrüstung, der Menschenrechte, bei
113 humanitären Aktionen und bei friedenserhaltenden Maßnahmen. Auch die EU und Kanada
114 arbeiten bei globalen Herausforderungen, z.B. in den Bereichen Umwelt, Klimawandel,
115 Energiesicherheit und regionale Stabilität, eng zusammen.

116

117 Das 1976 zwischen der EU und Kanada geschlossene Rahmenabkommen über
118 handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit war das erste formelle Abkommen
119 dieser Art, das die EU mit einem Industrieland unterzeichnet hat. Die Beziehungen wurden
120 seitdem ausgeweitet und es gibt regelmäßige Gipfeltreffen und Treffen auf allen Ebenen.
121 Inzwischen bestehen 36 bilaterale Abkommen EU – Kanada und wir sind mit Kanada
122 insgesamt (bilateral und multilateral) in 110 Abkommen verbunden.

123

124 Mit Blick auf das CETA-Abkommen begrüßen wir ausdrücklich, dass der
125 sozialdemokratische Vorsitzende im Handelsausschuss des Europäischen Parlamentes,
126 Bernd Lange, eine Synopse vorgelegt hat, die den CETA-Vertrag anhand der in den SPD-
127 Beschlüssen formulierten Kriterien ausführlich analysiert.

128

129 Auf dieser Grundlage gelangen wir mit Blick auf die Bedingungen des SPD-Konvents-
130 Beschlusses vom 20. September 2014 und des gleichlautenden Beschlusses des SPD-
131 Bundesparteitages vom 8. Dezember 2015 zu folgender Bewertung bei den zentralen
132 Punkten des Abkommens:

133

- 134 • **Einstufung als gemischtes Abkommen:** Wir haben immer die Auffassung vertreten,
135 dass es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handelt. Daher begrüßen wir
136 nachdrücklich, dass die EU-Kommission vor allem auf sozialdemokratischen Druck
137 hin mittlerweile CETA als gemischtes Abkommen eingestuft hat. Damit ist klar, dass
138 sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente, in
139 Deutschland der Bundestag und der Bundesrat, das Abkommen beraten und

140 ratifizieren müssen. Das heißt im Umkehrschluss auch: Wenn ein nationales
141 Parlament CETA ablehnt, kann es nicht in Kraft treten.

142

143 • **Einsetzung eines öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshofs:** Beim
144 Investitionsschutz haben wir uns dafür ausgesprochen und eingesetzt, dass das alte
145 privatrechtliche ISDS-System abgeschafft wird. Auf sozialdemokratische Initiative hin
146 ist es gelungen, den bereits ausverhandelten Vertragstext an dieser Stelle nochmals
147 grundlegend zu verändern und erstmals überhaupt einen öffentlich-rechtlichen
148 Investitionsgerichtshof zu etablieren. Damit würden nicht nur die bisherigen
149 Investitionsschutzbestimmungen zwischen den EU-Staaten und Kanada, die noch auf
150 dem alten ISDS-System beruhen, abgeschafft. Der Gerichtshof bietet auch die
151 Chance, einen völlig neuen Standard für einen modernen Investitionsschutz nach
152 rechtsstaatlichen Grundsätzen zu schaffen. Die EU-Kommission hat erklärt, dass dies
153 künftig die Grundlage für alle EU-Handelsabkommen sein wird. Das alte ISDS-
154 System ist damit tot. CETA ist so der Startpunkt für einen Prozess, an dessen Ende
155 die Einrichtung eines internationalen Handels- und Investitionsgerichtshofes für den
156 globalen Handel stehen sollte – ein Ziel, zu dem sich die Vertragspartner im CETA-
157 Abkommen ausdrücklich gemeinsam bekennen. Im weiteren Prozess sollten
158 unbestimmte Rechtsbegriffe vermieden werden. Zudem soll die öffentliche
159 Daseinsvorsorge aus dem Streitschlichtungsmechanismus herausgenommen
160 werden.

161

162 • **Neue Regeln, mehr Transparenz, verbesserte Standards:** Der neue Ansatz eines
163 Investitionsgerichtshofs sieht u.a. transparentere Verfahren, verbesserte Standards
164 bei der Auswahl der Richter, klarere Definitionen von Rechtsbegriffen und eine
165 Berufungsmöglichkeit vor. Dies sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es wird
166 im weiteren parlamentarischen Verfahren genau zu prüfen sein, inwieweit
167 insbesondere die Definitionen der unbestimmten Rechtsbegriffe tatsächlich bereits
168 hinreichend präzise sind und ob die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidungen
169 ausreichend gewährleistet ist. In unserem Konventsbeschluss haben wir formuliert,
170 dass wir unklare Definitionen dieser Rechtsbegriffe ablehnen. Wir erwarten, dass die
171 Parlamente diese Fragen, die auch von Teilen der Zivilgesellschaft vorgebracht
172 werden, umfassend prüfen und nötigenfalls Klarstellungen vor der Ratifizierung
173 herbeiführen.

174

175 • **Parlamentarische Entscheidungshoheit:** Mit Blick auf die regulatorische
176 Kooperation zur Anpassung von Normen und Standards haben wir die Erwartung
177 formuliert, dass hierdurch der politische Gestaltungsspielraum von Parlamenten und
178 Regierungen nicht eingeschränkt werden darf. Der CETA-Vertrag sieht eine
179 regulatorische Kooperation auf freiwilliger Basis und ohne bindende Wirkung auf
180 parlamentarische Entscheidungen vor. Er betont zudem das „right to regulate“ der
181 Vertragsparteien, stellt also klar, dass die Entscheidungshoheit der Parlamente in
182 vollem Umfang gesichert ist. **Bei der Arbeit des Gemischten Ausschusses ist
183 sicherzustellen und regelmäßig auch gerade durch die Parlamente der
184 Vertragspartner genau zu prüfen, dass die vorgesehene Kontrolle des
185 Gemischten Ausschusses transparent erfolgt. Es muss so sichergestellt sein,
186 dass - wie im Vertrag angelegt - die Rolle des Ausschusses auf eine**

187 umsetzende und empfehlende Funktion begrenzt bleibt. In keinem Fall darf die
188 demokratische Gestaltungsfreiheit mittel- oder unmittelbar eingeschränkt
189 werden.
190

- 191 • **Zollabbau und Marktzugang:** CETA sieht vor, dass Zölle und technische
192 Handelshemmnisse weitreichend abgebaut werden. Europäische Unternehmen
193 erhalten Zugang zu den kanadischen Märkten, insbesondere erstmals auch den
194 Beschaffungsmärkten auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen Kanadas.
195
- 196 • **Kein Dumping-Wettbewerb:** In CETA wird ausdrücklich klargestellt, dass die
197 Vertragspartner einen Dumping-Wettbewerb ablehnen und Handelsziele nicht dazu
198 dienen dürfen, Schutzstandards für Arbeit oder Umwelt auszuhebeln. In CETA sind in
199 vielen Bereichen fortschrittliche Regeln und Standards für den Schutz von
200 Arbeitnehmerrechten, Umwelt, Gesundheit und für nachhaltiges Wirtschaften
201 insgesamt vereinbart worden.
202
- 203 • **Schutz der Arbeitnehmerrechte:** Besonders wichtig sind uns der Schutz der
204 Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
205 Arbeitsorganisation (ILO). In CETA verpflichten sich die Vertragsparteien
206 Anstrengungen zur Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen zu
207 unternehmen. Bei Vertragsschluss hatte Kanada zwei der insgesamt acht ILO-
208 Kernarbeitsnormen noch nicht ratifiziert: Zum einen die ILO-Konvention 138 über das
209 Mindestalter der Beschäftigung, zum anderen die ILO-Konvention 98 über kollektive
210 Tarifverhandlungen. Die neue kanadische Regierung hat nunmehr aber erklärt, die
211 beiden ausstehenden ILO Normen zügig zu ratifizieren. Am 9. Juni 2016 hat Kanada
212 mittlerweile bereits die Konvention 138 ratifiziert. Die Ratifizierung der ILO-
213 Konvention 98 soll folgen. Unserer Erwartung ist, dass dies zeitnah erfolgt. Insgesamt
214 setzt die neue kanadische Regierung unter Führung von Premierminister Trudeau
215 damit neue Schwerpunkte, die zu begrüßen sind.
216
- 217 • **Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards:** In unserem Konventsbeschluss
218 haben wir die Erwartung formuliert, dass die Einhaltung von Arbeits- und
219 Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein muss, wie
220 die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Der CETA-Vertrag sieht zur
221 Durchsetzung der im Nachhaltigkeitskapitel verankerten Arbeits-, Sozial- und
222 Umweltstandards ein dialogorientiertes Verfahren unter Einbindung der
223 Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften und der ILO vor. Anders als in
224 anderen Teilen des Abkommens sieht dieses Verfahren bislang keine
225 Sanktionsmöglichkeiten vor. Allerdings verpflichten sich auch in diesem bisherigen
226 Ansatz die Vertragsparteien dazu, die Empfehlungen des einzurichtenden
227 „Expertenpanels“ umzusetzen. Die Verbindlichkeit der Entscheidungen ist
228 sicherzustellen. In der weiteren Beratung muss dieses Verfahren auf seine
229 Effektivität geprüft werden. Dabei muss auch geprüft werden, [...] **wie** – unter Bezug
230 auf die speziell hierfür bereits vorgesehene Revisionsklausel im CETA-Vertrag – der
231 bestehende Durchsetzungsmechanismus perspektivisch um Sanktionsmöglichkeiten
232 erweitert werden kann. **Auch die Sicherung der hohen europäischen**
233 **Verbraucherstandards muss gewährleistet sein. Das Vorsorgeprinzip ist in den**

234 europäischen Verträgen festgeschrieben. Um diese Rechtsposition zusätzlich
235 klarzustellen, sollte das Vorsorgeprinzip nochmals ausdrücklich in Bezug auf
236 CETA bekräftigt werden. Demnach kann nach geltendem europäischem Recht
237 für Produkte und Lebensmittel der Marktzugang verweigert werden, wenn
238 aufgrund einer vorläufigen wissenschaftlichen Risikobewertung begründeter
239 Anlass zur Besorgnis besteht, dass negative Folgen für Gesundheit von
240 Mensch, Tier oder Umwelt eintreten könnten.

- 241
- 242 • **Schutz der Daseinsvorsorge:** Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für uns höchste
243 Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Für viele
244 Dienstleistungsbereiche und insbesondere die Daseinsvorsorge werden in CETA
245 vielfältige Schutzregeln formuliert: So gilt für die Daseinsvorsorge eine allgemeine
246 Schutzregel (so genannter „public utilities“-Vorbehalt) sowie weitere weitreichende
247 spezielle Schutzregelungen etwa für Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung,
248 Gesundheit oder soziale Dienstleistungen. Die Bereiche der Daseinsvorsorge sind im
249 Wesentlichen durch die Ausnahmen des so genannten Annex II geschützt, für den
250 insbesondere auch keine *Ratchet (Sperrklinke)*-Klauseln oder *Standstill (Stillhalte)*-
251 Klauseln gelten. Rekommunalisierungen sind demnach in diesen Bereichen weiterhin
252 möglich.
253

254 Allerdings findet in CETA zugleich eine so genannte Negativliste Anwendung. Das
255 bedeutet, dass Verpflichtungen zur Marktöffnung für Dienstleistungen mit Ausnahme
256 der ausdrücklich auf der Liste aufgeführten Dienstleistungen eingegangen werden. Im
257 SPD-Konventsbeschluss haben wir die Auffassung formuliert, dass ein Positivkatalog
258 besser ist und mehr Vertrauen schafft als der bisherige Ansatz der Negativlisten.
259 Deshalb muss genau geprüft werden, wie im Detail die Negativliste und die
260 Schutzregeln für die Daseinsvorsorge ausgestaltet sind, um auch mögliche künftige
261 und in der aktuellen Negativliste noch nicht erfasste Entwicklungen in der öffentlichen
262 Daseinsvorsorge vor dem Zwang zu Privatisierung und Liberalisierung zu schützen.
263 Dies ist ein zentraler Punkt, der in den weiteren Beratungen durch begleitende
264 Klarstellungen [...] sicherzustellen ist.
265

266 Diese Analyse des CETA-Vertrages zeigt, dass in sehr vielen Bereichen fortschrittliche
267 Regeln vereinbart wurden. Vor dem Hintergrund dieser Fortschritte ist es gerechtfertigt, dass
268 der EU-Ministerrat mit Zustimmung Deutschlands den Weg für die weitere parlamentarische
269 Beratung des CETA-Vertrages freimacht, wenn zugleich die Regelungen zum
270 Investitionsschutz von der vorläufigen Anwendung ausgenommen sind. Es gibt allerdings wie
271 beschrieben an einigen Stellen noch offene Punkte und Fragen, die im bevorstehenden
272 Beratungs- und Ratifizierungsprozess weiter geprüft werden müssen. Hier [...] sind
273 Klarstellungen und Präzisierungen erforderlich, etwa in Form von verbindlichen,
274 ergänzenden Erklärungen zwischen den Vertragspartnern [...]. Dies können
275 Protokollerklärungen sein oder etwa auch Begleitvereinbarungen zwischen den
276 Vertragspartnern, die die bereits im CETA-Vertrag vorgesehenen Revisionsklauseln
277 inhaltlich ausfüllen. Das Europäische Parlament muss alle Optionen nutzen und sein
278 politisches Gewicht in der Handelspolitik dafür in die Waagschale werfen.
279

280 Durch [...] – wo nötig – [...] Klarstellungen ist in jedem Fall sicherzustellen,

281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295

- dass beim Investitionsgerichtshof die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung gesichert ist und dass die materiellen Rechtsstandards durch klare Definitionen unseriöse Forderungen ausschließen;
- dass die 8 ILO Kernarbeitsnormen ratifiziert werden, der soziale Dialog gut ausgestaltet wird, das Verfahren zur Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards wirkungsvoll genug ist und wie es perspektivisch durch Sanktionsmöglichkeiten ergänzt werden kann;
- dass im Dienstleistungsbereich der Negativlistenansatz zu keinen unkontrollierten Liberalisierungen führt und ob die vorgesehenen Schutzvorbehalte tatsächlich alle Bereiche der Daseinsvorsorge ausreichend und umfassend sichern oder ggf. Ergänzungen nötig sind. Dienstleistungen im Allgemeinen und allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge) müssen hieb und stichfest gesichert sein und es muss hinreichend Gestaltungsmöglichkeiten für die kommunalen Körperschaften geben.

296
297
298
299
300
301
302
303

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden alles tun, um sicher zu gehen, dass dieses Abkommen im Interesse der Menschen ist und wirtschaftliche Macht reguliert. Hierfür erwarten wir insbesondere, dass die genannten offenen Punkte und Fragen im weiteren Prozess erörtert und geklärt werden. Dies ist die Grundlage dafür, dass die Sozialdemokratie abschließend im Deutschen Bundestag zustimmen kann.

304
305
306

IV. Die Stunde der Parlamente - unsere Erwartungen an den weiteren Ratifizierungsprozess

307
308
309
310
311
312
313

Die Parlamente sind die Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Sie allein können der europäischen Handelspolitik und einem Abkommen wie CETA die notwendige demokratische Legitimierung verschaffen. Der bisher vorliegende Vertragstext ist das Ergebnis der Verhandlerinnen und Verhandler von EU und Kanada. Wir sagen: Jetzt muss die Stunde der Parlamente kommen. Sie müssen ausführlich beraten und umfassend prüfen, inwieweit CETA die Ansprüche an eine fortschrittliche Handelspolitik erfüllt.

314
315
316
317
318
319
320

Der Deutsche Bundestag wird bereits vor der Beratung und Entscheidung im EU-Ministerrat das Abkommen diskutieren. Nach Beratung und einer positiven Beschlussfassung im Ministerrat ist dann der Weg für die weitere parlamentarische Behandlung und Ratifizierung frei, zunächst im Europäischen Parlament sowie anschließend in den nationalen Parlamenten, in Deutschland dem Bundestag und dem Bundesrat. Die Parlamente sind dabei die Herren des Verfahrens und entscheiden abschließend. **Wir handeln dabei in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften.**

321
322
323
324

Die SPD hat vor diesem Hintergrund folgende klare Erwartungen an den weiteren parlamentarischen Beratungs- und Ratifizierungsprozess:

325
326
327

- Wir wollen, dass der CETA-Vertrag nun zur weiteren Beratung an die Parlamente geht. Vor allem die Beratungen im Europäischen Parlament und später in den nationalen Parlamenten müssen dabei eine sorgfältige Prüfung sicherstellen und die

- 328 noch offenen Punkte aufgreifen. Wir erwarten, dass zunächst das Europäische
329 Parlament umfassend berät und wo erforderlich Klarstellungen erwirkt.
330
- 331 • Die Beratungen in den Parlamenten müssen unter Einschluss der Zivilgesellschaft
332 erfolgen. Angesichts der besonderen Bedeutung des CETA-Abkommens plädieren
333 wir zudem für eine außerordentliche gemeinsame Anhörung von Vertretern des
334 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zum CETA-Abkommen.
335 Zudem sollen die nationalen Parlamente Stellungnahmen vor der abschließenden
336 Beratung an das Europäische Parlament übermitteln. CETA soll neue Standards in
337 der parlamentarischen Befassung mit Handelsabkommen und in der
338 Zusammenarbeit des Europäischen und der nationalen Parlamente setzen. Dies soll
339 ein positives Signal für einen starken europäischen Parlamentarismus geben.
340
 - 341 • Bei gemischten Abkommen der EU entspricht es der europäischen Rechtslage und
342 Praxis, dass nur die Teile der Abkommen, die nicht in die nationale Zuständigkeit
343 fallen, vorläufig angewendet werden können. Allerdings darf auch dies erst erfolgen,
344 wenn zuvor das Europäische Parlament entschieden und das Abkommen ratifiziert
345 hat, sodass eine demokratische Legitimierung sichergestellt ist. Grundsätzlich soll
346 mit dieser Regelung die europäische Handelspolitik handlungsfähig und kohärent
347 bleiben. Keinesfalls dürfen die Bereiche vorläufig in Kraft treten, die nationalstaatlich
348 zu regeln sind. Bei CETA heißt das konkret, dass eine vorläufige Anwendung der
349 Regelung zum Investitionsschutz ausgeschlossen werden muss. Eine umfassende
350 Anwendung und ein vollständiges Inkrafttreten des CETA-Abkommens können erst
351 nach Abschluss der Ratifizierung im Europäischen Parlament und allen nationalen
352 Parlamenten erfolgen.
353
 - 354 • Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir uns mit allem Nachdruck
355 für die Umsetzung der in diesem Beschluss formulierten Ziele einsetzen – auf
356 europäischer Ebene im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat, im
357 Deutschen Bundestag ebenso wie im Bundesrat. Bereits im Ministerrat werden wir
358 die offenen Punkte und notwendigen Klarstellungen einbringen, um den weiteren
359 Prozess der Beratung und Nachbesserung einzuleiten. **Die parlamentarischen
360 Beratungen insbesondere im Europäischen Parlament müssen dann Raum für
361 weitere Veränderungen zulassen.**
362
 - 363 • Wir werden als Partei die weitere Beratung und Ratifizierung genau verfolgen und
364 aktiv mitgestalten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Parlamenten
365 werden alle Optionen nutzen, um sicherzustellen, dass nur ein Abkommen, das
366 unseren klaren Kriterien entspricht, eine Chance auf Zustimmung hat.